



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit dem bekannten Ost-Experten Wolfgang Leonhard



Wolfgang Leonhard, geboren 1921, kam 1935 mit seiner Mutter in die Sowjetunion. Nach Beendigung der Sowjetschule (1940) begann er sein Studium an der Moskauer Hochschule für Fremdsprachen. Er wurde im Herbst 1941, wie alle Deutschen damals, zwangsumgesiedelt

nach Nord-Kasachstan. Im Herbst 1942 folgte seine Ausbildung an der Komintern-Schule, der wichtigsten ideologisch-politischen Ausbildungsstätte für ausländische Kommunisten in der UdSSR (1942-1943). Von 1943 an wirkte Leonhard am „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Moskau.

Mit der Gruppe Ulbricht kam Wolfgang Leonhard im Mai 1945 nach Berlin. Von 1945-1947 war er Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED, von 1947-1949 Lehrer an der SED-parteihochschule „Karl Marx“.

Aus Opposition gegen den Stalinismus floh Leonhard im März 1949 aus der Sowjetzone Deutschlands nach Jugoslawien und lebt seit Ende 1950 in der Bundesrepublik Deutschland als Kommentator für Probleme der Sowjetunion und des internationalen Kommunismus.

Nach Studien und Forschungstätigkeit in Oxford (1956-58) und an der Columbia-Universität in New York (1963-64) war Wolfgang Leonhard 21 Jahre lang, von 1966-87), jeweils im Frühjahrssemester als Professor an der Historischen Fakultät der Universität Yale tätig mit Vorlesungen und Seminaren über die Geschichte der UdSSR und des internationalen Kommunismus. Seit Sommer 1987 besucht er regelmäßig die Sowjetunion, darunter auch als Wahlbeobachter bei den Wahlen.

Frage: Hat Stalin vor 1933 die SPD und nicht Hitler als Hauptfeind angesehen?

Antwort: Ja, Stalin hat in der Zeit der Weimarer Republik die Sozialdemokraten schärfstens angegriffen und mit den Faschisten auf eine Stufe gestellt.

Bereits 1924 gab Stalin folgende groteske Einschätzung: „Der Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus“. Über das Verhältnis von Faschisten zu Sozialdemokraten erklärte Stalin: „Diese Organisationen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen einander. Es sind nicht Antipoden, sondern Zwillinge“.

Im Sinne dieser Stalinschen Linie erklärte das Zentralkomitee der KPD am 12. April 1929 in seinem Mai-Aufruf: „Die Sozialdemokratie ist Euer Feind“. Auf dem 16. sowjetischen Parteikongress erklärte Stalin am 27. Juni 1930, die kommunistischen Parteien hätten „durch Entfaltung ihres unversöhnlichen Kampfes gegen die Sozialdemokratie“ einen richtigen Weg eingeschlagen und „gezeigt, daß sie auf dem richtigen Wege sind“. Im Oktober 1930 schrieb die führende KP-Zeitschrift „Internationale“, daß der „Sozialfaschismus ein leibhaftiger Bruder des Faschismus“ sei.

Auf dem 10. Plenum der Kommunistischen Internationale (3.-19. Juli 1929) wurde erneut vom „Sozialfaschismus“ und seiner „Faschisierung der Sozialdemokratie“ gefaselt. Im Frühjahr 1930 erklärte der damalige KPD-Führer Rummel: „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen in Betrieben und Gewerkschaften“. Auf direkte Anweisung Moskaus beschloß die KPD-Führung, sich am Volksbegehren der Deutschnationalen und Nazis gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen am 9. August 1931 zu beteiligen. So wirkten damals Kommunisten gemeinsam mit Deutschnationalen und Nazis gegen die sozialdemokratische Regierung Preußens. Man müsse, so erklärte die KPD, den „Hauptstoß“ gegen die „Sozialfaschisten“ richten. Im November 1931 machte der SPD-Führer Breitscheid

der KPD den Vorschlag, gemeinsame Aktionen gegen die anschwellende Nazibewegung durchzuführen. Die „Rote Fahne“ wies das am 17. November 1931 wütend zurück: „Nicht das mindeste Vertrauen in die Erklärung Breitscheids“.

Noch am 20. März 1932, nur zehn Monate vor dem Sieg Hitlers, erklärte das Zentralkomitee der KPD in einem Aufruf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl: „Wir müssen den Sozialfaschismus noch stärker als diesmal vor den Augen der ganzen Arbeiterklasse entlarven“. Ernst Thälmann erklärte am 4. April 1932 in Breslau: „Die Sozialdemokratie ist der Zwillingbruder des Hitler-Faschismus“.

Unter diesen Bedingungen wurde die Mehrheit der deutschen Kommunisten irregeführt, der Kampf gegen die immer bedrohlicher werdenden Nazis nicht als Hauptaufgabe erkannt. Ausgehend von den Direktiven Stalins, ist es unbestreitbar, daß die KPD-Führung den Nazis den Weg geebnet hat.

Frage: Was hat Stalin veranlaßt, 1945 zuerst die KPD und dann erst die SPD in der Sowjetzone zuzulassen?

Antwort: Es war sein Bestreben, dadurch der KPD einen Startvorteil zu verschaffen und als Initiator des damals befürworteten antifaschistisch-demokratischen Blocks aufzutreten - mit dem Ziel, daß die KP bald die führende Rolle im Block übernimmt.

Die Wiedergründung der KP am 11. Juni 1945 kam dabei - selbst für uns, die Mitglieder der „Gruppe Ulbricht“ - völlig überraschend. Bei den Instruktionsreferaten von Anfang Februar bis Ende April 1945 in Moskau wurde damals von Pieck, Ulbricht und anderen führenden emigrierten KPD-Funktionären erklärt, die Bildung politischer Parteien sei während der Besetzung durch die Anti-Hitler-Koalition für viele Jahre nicht möglich. Erst in einer späteren Phase könnte eine Massenorganisation „Block der kämpferischen Demokratie“ gestattet werden.

Als Ulbricht, Ackermann und Sobottka am 10. Juni aus Moskau - wo sie u.a. auch bei Stalin waren - zurückkehrten, brachten sie überraschend den KPD-Gründungsaufruf nach Berlin mit. Am gleichen Tag erfolgte der Befehl Marschall Shukows über die Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni übertrug der Berliner Rundfunk den Gründungsaufruf der KPD, gleichzeitig wurde in einer etwas zerstörten, aber noch funktionsfähigen Druckerei in der Mauerstraße die erste Nummer des KPD-Organs „Deutsche Volkszeitung“ hergestellt und auch dort der Aufruf veröffentlicht. Am 12. Juni stellte Walter Ulbricht im „Neuen Stadthaus“ in der Parochialstraße 1-3 den KPD-Aufruf vor und setzte sich für die Bildung einer „antifaschistischen Einheit“ ein. Ulbricht schlug den (noch gar nicht existierenden) Parteien vor, einen Block der KPD, der SPD, der Zentrumspartei und anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien zu schaffen.

Frage: Gab es 1945 in der damaligen Führung auch nationale Kommunisten, oder waren alle auf Moskau ausgerichtet?

Antwort: In der KPD-Führung waren alle auf Moskau ausgerichtet, unter den einfachen KPD-Mitgliedern und auch den unteren Funktionären gab es dagegen zweifellos Hoffnungen und Bestrebungen, einen eigenständigen Kurs zu beschreiten. Anfangs schien das ja auch möglich zu sein, denn in dem - übrigens von Anton Ackermann verfaßten - KPD-Gründungsaufruf vom 11. Juni 1945 war ausdrücklich erklärt worden: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“. Damals hatten viele Mitglieder die Hoffnung, die KPD würde einen eigenständigen, den deutschen Bedingungen entsprechenden demokratischen Weg zum Sozialismus beschreiten.

Aber dies sollte sich schon bald als Illusion erweisen.

Frage: Hat die Führung der SED jemals ernsthaft versucht, eine von Moskau unabhängige Politik zu betreiben?

Antwort: Nein. Die Führung der SED nicht - wohl aber kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß es einzelne führende Funktionäre gab, die dies erstrebten, sich aber nicht durchsetzen konnten.

Frage: Konnten die „bürgerlichen Parteien“ in der DDR politisch selbständig agieren?

Antwort: Nur bis etwa Herbst 1947. Der Anfang war hoffnungsvoll: Am 14. Juli 1945 fand die konstituierende Sitzung der „antifaschistisch-demokratischen-Einheitsfront“ statt. Die vier damaligen Parteien (KPD, SPD, CDU und LDPD) entsandten je fünf Repräsentanten zur Ausarbeitung eines Gründungsmanifestes.

Zur Diskussion standen ein Entwurf des Gründungsmanifestes für den antifaschistisch-demokratischen Block von der KPD und ein von Dr. Andreas Hermes verfaßter Entwurf der CDU. Beide Entwürfe - später gab es so etwas nicht! - wurden gemeinsam besprochen. Der Gründungsaufruf, kurz, klar und knapp, enthielt daher auch manche Gedanken von Dr. Andreas Hermes.

Im Rahmen des Blocks sollte die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ erfolgen. Zu den Zielen gehörten damals: „Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates“ und „Sicherheit der Freiheit des Geistes und des Gewissens, sowie Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung“.

Aber schon bald wurde es anders. Die Absetzung des von den Nazis zum Tode verurteilten Antifaschisten Andreas Hermes, das Verbot der Urabstimmung der Sozialdemokraten bei der Vereinigung von KPD und

Frage: Wie hoch ist der Betrag, den das Land Hessen für den Länderfinanzausgleich aufbringen muß?

Antwort: Die hohen hessischen Leistungen für den Länderfinanzausgleich sind ein Spiegelbild der starken Wirtschaftskraft unseres Landes, die mit rd. 55.000 DM je Einwohner 21% über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer liegt. Bereits in der Vergangenheit gehörte Hessen zu den Hauptzahlerländern im Länderfinanzausgleich und mußte seit 1987 Beträge zwischen 1 und über 2 Mrd. jährlich aufwenden. Pro Einwohner leisten wir damit deutlich mehr als die anderen Länder. Im Haushaltsentwurf 1996 sind 2,9 Mrd. DM für den Länderfinanzausgleich vorgesehen.

Frage: Entstehen dem Land Hessen noch Ausgaben für den „Aufschwung Ost“?

Antwort: Ab dem 1.1.1995 sind die neuen Länder vollständig in das bundesdeutsche Finanzverfassungssystem eingliedert. Die Leistungen Hessens für die neuen Länder werden seitdem vor allem im Rahmen des Finanzausgleichs erbracht. Da sie zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich den neuen Bundesländern zugute kommen, kann auch der Hessische Länderfinanzierungsausgleichsbeitrag nur schätzungsweise ermittelt werden.

Voraussichtlich beträgt die hessische LFA-Zahlung für die neuen Bundesländer 1996 2,6 Mrd. DM der insgesamt für den LFA zu zahlenden 2,9 Mrd. DM. Im Rahmen des Umsatzsteuerausgleichs zahlt Hessen nochmals fast 1,2 Mrd. DM. Hierbei ist allerdings festzuhalten, daß die alten Bundesländer im Rahmen der Neuordnung des Finanzausgleichs 7 Prozentpunkte Umsatzsteuer vom Bund erhalten haben. Schließlich belastet die Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ das Land 1995 mit 740 Mio. DM und 1996 mit 730 Mio. DM.

Mit diesen Zahlungen leistet Hessen einen beachtlichen Beitrag für den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern.

Frage: Das jährliche Ansteigen der Pensionen für Beamte muß Ihnen doch große Sorgen bereiten. Wie hoch waren diese Ausgaben 1990, wie hoch sind sie jetzt, und wie hoch werden sie voraussichtlich im Jahre 2000 sein?

Antwort: Die Pensionsausgaben beliefen sich im Jahr 1990 auf 1.837,3 Mio. DM, 1994 auf 2.283,2 Mio. DM. Nach Schätzungen des Hessischen Rechnungshofes werden diese Aufwendungen 1995 ca. 2.418 Mio. DM und im Jahre 2000 etwa 3.160 Mio. DM betragen.

Frage: Müssen Beamte künftig bei Neueinstellungen für ihre Altersversorgung einen Beitrag entrichten?

Antwort: Die Novellierung des Beamtenrechts müßte vom Bundesgesetzgeber ausgehen, eine entsprechende Absicht ist uns nicht bekannt.

Frage: Was halten Sie von dem Vorhaben des Bundesinnenministers, im öffentlichen Dienst eine leistungsgerechte Besoldung einzuführen? Wer würde hierbei entscheiden, wer welche Leistungen erbringt?

Antwort: Die Einführung einer leistungsgerechten Besoldung im öffentlichen Dienst ist nicht nur ein Vorhaben des Bundesinnenministeriums, sondern auch ein wesentlicher Aspekt der Verwaltungsreform in Hessen. Diese ist in ihren Eckpunkten der Öffentlichkeit unter dem Begriff „Hessische Landesverwaltung 2000“ bereits vorgestellt worden. Ziel dieser Verwaltungsreform ist neben der leistungsorientierten Entlohnung auch die Fortentwicklung bzw. Verfeinerung des Beurteilungssystems. Mit der Installierung eines ausgefeilten Controllingssystems soll es den Vorgesetzten ermöglicht werden, Leistungen individuell zu beurteilen.

Frage: Können Sie sich mit dem Gedanken anfreunden, daß Spitzenämter künftig nur noch auf Zeit vergeben werden?

Antwort: Die Vergabe von Führungspositionen auf Probe würde zur Modernisierung der Verwaltung beitragen und finanzpolitische Handlungsspielräume eröffnen. Die beamtenrechtlichen Voraussetzungen dafür müssen allerdings von der Bundesregierung geschaffen werden. Solange diese nichts unternimmt, müssen die Länder ihre Möglichkeiten im Bundesrat konsequent nutzen.

Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.

Gedenkstunde anlässlich des 20. Juli 1944 in der Paulskirche

Auch in diesem Jahr war das Reichsbanner vom Magistrat der Stadt eingeladen.

Vertreten wurde das „Reichsbanner - Bund aktiver Demokraten e.V.“ u.a. durch den 1. Vorsitzenden des Ortsvereins Frankfurt, Hans Brück, und mehrere Vorstandsmitglieder.

Diesen Tag der Erinnerung an die Widerstandskämpfer des 20. Juli würdigte der Bund u.a. mit einer Kranzniederlegung an der Paulskirche.

Hans Brück



Seminare des Reichsbanners

Vom 25.8. - 28.8.1995 haben wir gemeinsam mit der Friedrich Ebert Stiftung in Dresden ein Seminar durchgeführt, an dem neben alten Reichsbannermitgliedern aus der Zeit der Weimarer Republik auch 20 junge Mitglieder teilgenommen haben. Als Referentin nahmen die Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz (Plauen) und Stefan Hilsberg (Berlin), das Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, Angelika Barbe, sowie Oberstaatsanwalt Dr. Grasemann und Hermann Kreutzer teil.

Ein weiteres Seminar findet in der Zeit vom 13.11 - 17.11. 1995 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg statt. Neben Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, haben wir weitere namhafte Referenten gewonnen. Für Interessenten sind noch einige Plätze frei. Die Anmeldung muß bis spätestens 30.9.1995 erfolgen.

Hans Bonkas

Wehrhafte Demokratie

Steht die parlamentarische Demokratie vor, oder ist sie schon mitten in ihrer Bewährungsprobe?

Die Kluft zwischen der proklamierten und von der Mehrzahl der Bürger gewollten parlamentarischen Demokratie und dem sogenannten „politischen Alltag“ wird immer größer - sowohl materiell als auch ideell. Dieses Vakuum wird ausgefüllt von radikalen und ideologisch „fixierten“ Scharfmachern und von wirklich berechtigt Unzufriedenen. Ein erkennbares Symptom ist u.a. die Weigerung, wählen zu gehen. Die vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen haben dies eindeutig bewiesen. Auch sich aktiv und als Mitglied in einer demokratischen Partei zu betätigen, wird immer weniger wahrgenommen.

Diesen Ist-Zustand braucht man garnicht dramaturgisch „aufzubereiten“, sondern es genügt, die Fakten real aufzulisten und anzuzeigen. Ich beschränke mich auf die drei Gravierendsten:

Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Sicherheit.

Dies sind die drei Themen mit der größten sozialen Sprengkraft, die aber wiederum in ihrer Gesamtheit diskutiert und behandelt werden müssen. Der „Soziale Frieden“ hat jahrzehntelang bei kontinuierlicher Steigerung des Bruttosozialproduktes und der Wachstumsraten funktioniert. Im Bundestag, bei Wahlkämpfen und auf Empfängen wurde damit noch bis vor kurzem kokettiert.

Spätestens seit der Wiedervereinigung, dem Asylproblem, dem Arbeitsplatz- und Wohnungsmangel zeigt sich jedoch ganz deutlich, wie labil unsere „Freie Marktwirtschaft“ (ganz früher auch sozial genannt) bei wirtschaftlicher Stagnation bzw. Rezession ist. Die Ideologie, das Dogma, immer mehr, größer, schöner, funktioniert nicht mehr.

Schlimm ist es meiner Meinung nach, daß sich die „Volksparteien“ seit Jahren immer häufiger und auch aggressiver um die angeblich bessere Rezeptur und das bessere Programm streiten. Aber dabei vergessen sie die vorausgegangene Entwicklung und versäumen es, dem jetzigen Ist-Zustand konsequent entgegenzusteuern.

Bei vielen sogenannten „Normalbürgern“ verstärkt sich die Meinung, die ich folgendermaßen zusammenfassen möchte:

Von Wahl zu Wahl das gleiche Ritual!

Wenn dann die Politiker, der BDI, die Manager der Großkonzerne und Banken vom „Solidarpakt“ reden, wenn die Bundesregierung (der Bundeskanzler am 29.6.93) erklärt, „... es gibt keinen Sozialabbau, sondern nur einen Umbau“, wenn Finanzminister Waigel (betreffs des Sparpaketes) ebenfalls am 29.3.93 sagt: „Auch die sozialen Leistungen müssen den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden“, so ist dies meiner Meinung nach blanker Zynismus.

Zynismus unter anderem deswegen, wenn man sieht wie riesige Summen des erarbeiteten Bruttosozialproduktes von Banken und Konzernen natürlich gewinnbringend „irgendwohin“ transferiert oder investiert werden - in vielen Fällen ohne Kontrollmöglichkeit.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich halte überhaupt nichts von sogenannten „Klassenkampfpaparen“, aber bei dem von mir geschilderten und beweisbaren Ist-Zustand kann man doch nicht von „freier“ und schon gar nicht mehr von sozialer Marktwirtschaft (für die ich ja bin) reden. Eine Industriegesellschaft, eine Gesellschaft überhaupt, die sich fast ausschließlich nach Materiellem (Kosten-Nutzen) ausrichtet, erzeugt Neid, Mißmut, Aggression und macht krank.

In Zusammenhang mit dem hier Gesagten verweise ich auf die Veranstaltung „Wehrhafte Demokratie“ am 21.10.95 im Bürgerhaus Bornheim, wozu ich herzlich einlade.

Hans Brück

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.